Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau: Vierteljahresschrift des

Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 65 (1973)

Heft: 9

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

treter in den Verwaltungsrat zu delegieren. Dies sichert die Einsicht in alle Beschlüsse dieses Organes.

- Eine tiefgehende Reform des Arbeitsrechts soll die Rechtslage für die Lohnabhängigen verbessern. Grundsätzlich geht es darum, das Verhandlungsrecht der Gewerkschaften auf Bereiche wie Personalpolitik, Gestaltung des Arbeitsplatzes usw. auszudehnen und die Friedenspflicht auf die Bereiche zu beschränken, über die man verhandelt hat und zu einer Lösung gekommen ist.
- Der schwedische Reichstag verabschiedete in der Frühjahrssession ein Gesetz, das 85 000 Schutzbeauftragten z.B. das Recht gibt, eine Arbeit sofort zu stoppen, wenn der Arbeitgeber die nötigen Sicherheitsmassnahmen nicht vorgekehrt hat.
- Ein Aktienfonds mit vorläufig 400 Mio Fr. soll den Gewerkschaften und den Belegschaften der betreffenden Betriebe gestatten, auf die Beschlüsse gewisser Unternehmen direkt Einfluss zu nehmen. Der schwedische Reichstag gab auch diesem Gesetz in den letzten Tagen der nun abgeschlossenen Session seine Zustimmung.

Zeitschriften-Rundschau Otto Böni

Die Bundesrepublik und ihre ausländischen Arbeitskräfte

Während in der Schweiz die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer seit Jahren die Spalten unserer Zeitschriften und Zeitungen füllen, fand dieser Problemkreis in der Presse anderer europäischer Staaten - vielleicht mit Ausnahme Frankreichs und Grossbritanniens - wenig Beachtung. Neuerdings macht nun diese Thematik auch in der Bundesrepublik Schlagzeilen. Das Hamburger Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» (Nummer 31) schreibt unter dem reisserischen Titel: «Die Türken kommen - rette sich, wer kann», dass heute fast eine Million Türken in der Bundesrepublik leben und dass weitere 1,2 Millionen zu Hause auf ein Einreisevisum warten. «Der Andrang vom Bosporus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufe-Ballungszentren schon schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.» Die Türken sind zurzeit in der Bundesrepublik die grösste Fremdengruppe. Obwohl der Spiegel-Beitrag einige unangenehme Untertöne aufweist, stellt er in äusserst informativer Weise die gegenwärtige Lage in der Bundesrepublik dar.

Dem Thema «Ausländische Arbeiter» ist auch Heft 8 der «Neuen Gesellschaft» (Bonn/Bad Godesberg) gewidmet. Eine Reihe prominenter Sozialdemokraten und Gewerkschafter machen eine Bestandesaufnahme der Theorien und Vorstellungen der Sozialisten der Bundesrepublik zum Fremdarbeiterproblem. So äussert sich Hermann Buschfort zum Thema «Ausländische Arbeitnehmer - Prüfstein für den sozialen Rechtsstaat und die europäische Solidarität»; Walter Arendt befasst sich unter Ueberschrift «Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung» mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung, das einige auch für die Schweiz zu empfehlende Massnahmen enthält. Franz Wo-

schech setzt sich unter dem Titel «Der ausländische Arbeiter von heute - der Europäer von morgen» mit der Ausländerpolitik des DGB auseinander. Solidarität und Humanität stehen im Zentrum der Arbeiten von Siegmar Geiselberger («Die Lage der ausländischen Arbeiter verbessern, heisst die Lage der Bevölkerung verändern!») und Michael Müller («Internationale Solidarität – eine Frage der Praxis»). Viele Fakten und reiches Zahlenmaterial enthält ein Aufsatz Karl Kühnes: «Wachstum, Konjunktur und externes Proletariat», ein Versuch, das Fremdarbeiterproblem in kontinentaler und sozialistischer Sicht zu deuten. Mit «Reform des Ausländergesetzes Rechtsstaatsgebot» und «Kernproblem ist das Aufenthaltsrecht» sind zwei weitere Beiträge von Eberhard de Haan und Hans Heinz Heldmann überschrieben. Aufschlussreiche Vergleiche und wertvolle Anregungen enthält der Aufsatz von Ursula Mehrländer: «Soziale Probleme der ausländischen Arbeitnehmer», der sich mit Untersuchungen auf dem Wohn- und Schulsektor befasst. Danach sind 12 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer in einem Zimmer untergebracht, in dem 4 bis 9 Personen leben müssen. Ein Fünftel der ausländischen Eltern mit Kindern im Alter von 6 bis 15 Jahren entzieht die Kinder der Schulpflicht in der BRD. Das im letzten Satz zutagetretende Problem untersucht in Nummer 8 der «Frankfurter Hefte» eine Arbeitsgruppe aus Dortmund und Bochum. Der erste Teil dieser Arbeit «Ausländische Arbeiterkinder in deutschen Schulen» - Fortsetzungen sollen in den nächsten zwei Nummern der «Frankfurter Hefte» folgen - befasst sich im einleitenden Teil erst grundsätzlich mit dem Fremdarbeiterproblem, um dann auf die schulische Situation der Kinder einzugehen.

Hinweise

In Nummer 7 der in Köln erscheinenden «Gewerkschaftlichen Monatshefte» werden eine Reihe von aktuellen Problemen, mit denen der aktive Sozialist und Gewerkschafter immer und immer wieder konfrontiert wird, zur Diskussion gestellt. Helga Grebing wirft die Frage auf: «Gewerkschaften als Ordnungsfaktor oder als Gegenmacht?». Der Jesuit Professor Oswald von Nell-Breuning untersucht das Verhältnis zwischen «Katholischer Kirche und Gewerkschaften», und die zwei evangelischen Theologen Karl-Heinz Becker und Eduard Wörmann erläutern die Beziehungen der «Gewerkschaften und Evangelische Kirche» nach 1945.

«Listy» ist eine tschechosslowakische Zeitschrift, die während des Prager Frühlings internationale Beachtung fand. Nach dem grossen Exodus aus der Tschechoslowakei im Jahre 1968 wurde sie in der Emigration in Oesterreich weiter herausgegeben. Neuerdings erscheint diese Zeitschrift auch vierteljährlich in deutscher Sprache. Die Redaktionsadresse lautet: Listy (Blätter), A-2700 Wiener Neustadt, Postfach 114.

Aufgeschreckt durch einen im Juli veröffentlichten Bericht der Londoner «Times» schenkt die Oeffentlichkeit dem Kolonialkrieg Portugals wieder vermehrte Aufmerksamkeit. Einen informativen Bericht über den Krieg der letzten Kolonialmacht in Afrika findet sich in Nummer 33 des «Spiegels». Recht viele Fakten vermittelt auch die von Adalbert Krims im Wiener «Neuen Forum» veröffentlichte Artikelfolge über die Befreiungsbewegungen. Der vierte Beitrag dieser Serie erschien in Heft 234/35 unter der Ueberschrift «Frelimo im Vormarsch».